

Soziale Kürzung: Solingen zeigt Rote Karte

Etwa 600 Menschen waren beim Protestmarsch mit Kundgebung von der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege und vom Forum Jugend und Soziales dabei.

Von Jutta Schreiber-Lenz

Solingen. Grelle Trillerpfeifen, rasselnde Knarren und laute Trommeln waren am Samstagmittag in der Innenstadt beim Protestmarsch durch die City im Einsatz. Etwa 600 Bürger und Bürgerinnen waren der Einladung der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege und des Forums Jugend und Soziales gefolgt und zeigten lauthals ihren Unmut über die dauerhafte Unterfinanzierung im sozialen Bereich.

„Solingen bleib(t) sozial! Wir sind am Limit!“ war das Motto, das auch auf den Roten Karten stand, die verteilt und immer wieder demonstrativ hochgehalten wurden. Immer länger wurde der Demonstrationszug, der sich über die Konrad-Adenauer-Straße und die Hauptstraße bis zum Fronhof zog. „Die Letzte macht das Licht

aus“, „1, 2, 3, 4: Unsere Arbeit lieben wir“, „Applaus reicht nicht!“, „Kein Geld. Keine Kinder. Keine Zukunft“ oder „Beendet den sozialen Kahlschlag“ stand als Statements auf Plakaten, Bannern oder Pappschilder, die von Eltern mit Kindern, Erzieherinnen, Tagesmüttern oder Mitarbeitern von Awo, Caritas, Diakonie und anderen getragen wurden.

Eltern können Beruf und Familie nicht mehr vereinbaren

„Wir machen uns wirklich Sorgen um unseren künftigen Alltag“, erklärten die Eltern des fünfjährigen Max, der mit gelber Weste und Trillerpfeife eifrig mit in der Demo marschierte, ihre Teilnahme. „Was machen wir denn mit unseren Jobs, wenn die Kita die Öffnungszeiten reduzieren muss oder wenn mit Max' Einschulung kein Offener Ganztags-

platz zur Verfügung steht? Dann müssten wir beruflich Stunden reduzieren und finanzielle Einbußen hinnehmen.“

Um genau solchen Konsequenzen aus der dauerhaften Unterfinanzierung des Systems Kita, Offener Ganztag, Pflege und Beratungsstellen eine Stimme zu geben, ergriffen die Geschäftsführer von Diakonie und Caritas, Ulrike Kilp und Dr. Christoph Humburg sowie Tanja Isphording von der Fuhr-Gemeinschaft bei der Kundgebung das Wort. „Es muss in der Politik endlich aufhören, dass man sich die Zuständigkeiten gegenseitig zuschiebt und damit Stillstand herrscht“, forderte zum Beispiel Ulrike Kilp vor der Stadtkirche. „Es ist schon fast zu spät, um die bereits angegriffenen Strukturen zu retten“, mahnte Dr. Christoph Humburg. „Wir stehen am Kipppunkt zu einer fatalen Gesellschaftsentwicklung, wenn nicht endlich gesehen wird, wie wichtig eine zuverlässige Finanzierung von solchen Basis-Angeboten ist.“

| Standpunkt
Mehr Bilder unter:
solinger-tageblatt.de



Unter dem Motto „Solingen bleibt sozial! Wir sind am Limit!“ fand die Kundgebung am Fronhof statt.



Auf den Stufen der Stadtkirche sprach unter anderem auch Oberbürgermeister Tim Kurzbach zu den Teilnehmern
Fotos: Peter Meuter